

DISKUSSIONSFOREN

Quellen zur Migration – Möglichkeiten, Wege und Probleme einer gezielten Überlieferungsbildung

Zusammenfassung von Eleonore Sent

Am Eröffnungstag des 69. Westfälischen Archivtags fanden im Anschluss an die Plenumsveranstaltung zu den Herausforderungen des archivischen Umgangs mit Fotos und Filmen drei Diskussionsforen statt, ein erstes zu den Quellen für die kommunale Migrationsgeschichte wurde von Hartwig Kersken und Ute Pradler (Stadtarchiv Dortmund) geleitet.

Den Aufschlag für Erfahrungsaustausch und Diskussion machte Kersken mit einem Impulsvortrag zur Dortmunder Stadt- und Migrationsgeschichte. In der für Dortmund wichtigen und lange Zeit prägenden Zeit der Industrialisierung stieg innerhalb von weniger als hundert Jahren die Einwohnerzahl der Stadt um das etwa Sechzigfache. Waren es anfangs vor allem Ansiedlungen von osteuropäischen Arbeitern (besonders in der Dortmunder Nordstadt, um die Westfalenhütte/Hoesch AG), haben dann die beiden Weltkriege und ihre Folgezeiten mit Flüchtlingen, Vertriebenen und seit Mitte der 1950er-Jahre Gastarbeitern, Ostflüchtlingen, Spätaussiedlern, Asylbewerbern und Heiratsmigranten die Stadt Dortmund durch Zu- und auch Abwanderung immens verändert. Inzwischen haben etwa 200.000 (von über 600.000) Einwohner der Stadt eine von Migration geprägte Biografie, d. h. sie sind selbst

oder mit mindestens einem Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren. Die Migration betrifft damit einen großen Teil der Dortmunder Bevölkerung und kann von der Stadtgeschichtsschreibung nicht außer Acht gelassen werden.

Vor diesem Hintergrund wurde das Stadtarchiv Dortmund in einem zunächst auf zwei Jahre befristeten Projekt beauftragt, die städtische Zuwanderungsgeschichte aufzuarbeiten und dabei möglichst viele Facetten der Migration in Dortmund – vor allem auch die Lebensumstände zugewanderter Menschen – abzubilden. Als potentielle Quellen kamen zeitgeschichtliche Sammlungen, Fotobestände, aber auch amtliches Schriftgut (Überlieferungen von Stadtplanungs-, Wohnungs- und Schulämtern, von kulturellen Einrichtungen; Akten der Ausländerbehörden) in Betracht.

Begleitend zum Dokumentationsprojekt veranstaltete das Stadtarchiv im Oktober 2016 eine Tagung zur archivischen Verortung der Dortmunder Migrationsgeschichte („Hier und Da – Migration in Dortmund in Geschichte und Gegenwart“). Neben dem Dortmunder Veranstalter stellten die Stadtarchive München und Nürnberg zwei Migrationsprojekte mit den jeweiligen archivischen Strategien zur Dokumentation von Migration vor. Das Konzept des Stadt-

archivs München für ein „Archiv zur Migrationsgeschichte“ ist dokumentiert in einem Tagungsbericht „Migranten in München. Archivische Überlieferung und Dokumentation“ (als PDF im Netz verfügbar); das Forschungsprojekt des Stadtarchivs Nürnberg „Zuwanderung nach Nürnberg 1945 bis heute“ wird dort ebenfalls vorgestellt, es bezieht die ostdeutschen Heimatvertriebenen mit ein und zielt auf eine Erfassung und Aufbewahrung von Quellen zur Migrationsgeschichte aus privater Provenienz, neben autobiografischem Material wurde die Zeitzeugenbefragung eingesetzt (vorbereitende Fragebögen und Interviews).

Entsprechend den Erfahrungen aus dem Dortmunder Dokumentationsprojekt und der begleitenden Tagung wies Kersken nachdrücklich hin auf Probleme aus der Überlieferung amtlichen Schriftguts zur Migrationsgeschichte: Hier gebe es zum einen Erschließungsrückstände, zum anderen große Überlieferungsverluste, da die Themen Migration und Integration in vergangenen Bewertungsentscheidungen häufig kaum eine Rolle gespielt und die kommunalen Ämter, etwa bei den Ausländerakten, stark kassiert haben. Die Lücken könnten durch Überlieferung von Vereinen, persönlichen Nachlässen und Sammlungen ergänzt werden, wobei die kommunalen Archive häufig große Probleme hätten, diese privaten Unterlagen einzuwerben. (Für Sammlungen aus ausschließlich privater Provenienz wies er hin auf DOMiD, einen von der Stadt Köln und dem Land NRW geförderten Verein in Köln-Ehrenfeld, der mit seinen Sammlungen zwar eine zusätzliche Perspektive zum amtlichen Schriftgut biete, jedoch nicht auf eine gemeinsame Dokumentation mit den Kölner Archiven abziele, sondern langfristig auf ein zentrales Migrationsmuseum, um die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse im Einwanderungsland Deutschland darzustellen.)

Als Fazit seiner Präsentation forderte Kersken, dass die Dokumentation der Migration ein unverzichtbarer Bestand-

teil der Stadtgeschichte sei und dementsprechend eine Pflichtaufgabe für die Stadtarchive werden müsse.

Diskussion und Erfahrungsaustausch des Forums schlossen sich diesen Forderungen an:

Einwohner mit Migrationshintergrund machen in den meisten Städten einen höchst relevanten Bevölkerungsanteil aus; die Übernahme von Überlieferungen zur städtischen Zuwanderungsgeschichte wird darum grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Auch im Hinblick auf die universitäre Forschung zur deutschen Migrationsgeschichte sind die kommunalen Archive in der Pflicht, entsprechende aussagekräftige Quellen vorzuhalten.

Diskutiert wurde vor allem ein generelles Quellenproblem beim Thema Migration: Amtliche Quellen wurden zum einen massenhaft vernichtet (z. B. Akten in den Ausländerämtern), zum anderen sind sie wenig aussagefähig für die konkreten Lebensumstände zugewanderter Menschen, so dass eine ergänzende Überlieferung (Schriftgut von Vereinen, Nachlässe) einzuwerben und auch Oral History als Instrument archivischer Bestandsbildung zur Migrationsgeschichte einzusetzen wäre.

Weitere Schwerpunkte der Diskussion waren die Bewertungsmaßstäbe bei den Quellen zur Migration, insbesondere bei den Massenakten (etwa aus den Ausländerämtern, der Rentenversicherung) sowie die Interpretation des Migrationsbegriffs selbst, der weiter gefasst und beispielsweise auch Migrationsbewegungen innerhalb Deutschlands und eine nur temporäre Anwesenheit von Migranten berücksichtigen sollte. ■



Eleonore Sent
LWL-Archivamt für Westfalen
eleonore.sent@lwl.org

Bedeutung von Geschichte für eine Stadt – Eventkultur oder Identitätsstiftung?

Zusammenfassung von Hans-Jürgen Höötmann

Das Diskussionsforum, das mit über 100 Interessierten einen hohen Zuspruch erfuhr, wurde von Stefan Goch, Leiter des Instituts für Stadtgeschichte Gelsenkirchen, moderiert. Eingangs stellte Goch Passagen aus dem im September 2015 erschienenen Positionspapier „Kulturpolitik als Stadtpolitik“ des Deutschen Städtetages vor, in denen das kulturelle Erbe als Gedächtnis und Ressource der Stadtgesellschaft definiert wird.¹ Aktive Geschichtsarbeit wird darin als zentrale Aufgabe zur demokratischen Entwicklung der Gesellschaft und zur Integration Zugewanderter thematisiert. Anschließend präsentierte der Moderator einen um-

fänglichen Katalog mit stichpunktartig verdichteten Aspekten, die für die archivische Arbeit an der Stadtidentität bedeutsam sein können und die den Einstieg in die Diskussion erleichtern sollten. Vier Themenbereiche kristallisierten sich dabei heraus:

- Der allgemeine Umgang mit Öffentlichkeitsarbeit, deren grundsätzliche Ausrichtung einschließlich der zu berücksichtigenden Zielgruppen.

¹ Vgl. http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/mat/positionspapier_kulturpolitik_als_stadtpolitik_sept_2015.pdf [Stand: 30.08.2017].

- Die für eine effektive und zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit notwendigen Organisationsstrukturen und Kooperationsmöglichkeiten.
- Die vielfältigen Gesichtspunkte bei der Kommunikation des historischen Erbes, sowohl hinsichtlich einer aktiven archivischen Bildungsarbeit bei der Vermittlung der im Archiv befindlichen Quellen als auch einer aktiven Bestandsaufnahme insbesondere im nichtamtlichen Bereich im Rahmen der Überlieferungsbildung.
- Die Auseinandersetzung mit dem Begriff und dem Wirkungskreis von Stadtidentität.

Aus diesen inhaltlich eng beieinanderliegenden und sich teils überlagernden Themenbereichen lassen sich aus der lebhaften Diskussion einige zentrale Aussagen herausfiltern, die neben allseits bekannten Allgemeinplätzen den Blick auf die Funktion der Archive als Institutionen mit demokratischem Bildungsauftrag schärfen:

Unstrittig war die Notwendigkeit zu einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit der Archive. Sie ist erforderlich zur klaren Profilbildung, etabliert das Archiv im lokalpolitischen und öffentlichen Bereich sowie in der eigenen Verwaltung und stärkt so insgesamt die Stellung des Kommunalarchivs. Zudem wird durch sie das historische Erbe vermittelt und damit verbunden die Möglichkeit geschaffen, Identifikationsbildung zu erzielen, die von den Diskutanten als elementare Aufgabe der Archive angesehen wurde.

Da die Organisationsstrukturen in den Archiven in Abhängigkeit von deren Größe und finanzieller/personeller Ausstattung recht unterschiedlich sind, bezog sich die Auseinandersetzung mit den Kooperationsmöglichkeiten hauptsächlich auf die Zusammenarbeit mit Dritten. Hier wurde die ganze Bandbreite benannt, die von Schulen über Universitäten/Forschung, den benachbarten kulturellen Einrichtungen wie Bibliotheken, Museen und Volkshochschulen, dem heterogenen Umfeld von Heimat-, Geschichts- und Kulturvereinen sowie dem Stadtmarketing reicht. Als Vorteile solcher Kooperationen wurden neben dem zwangsläufigen Aufbau von Netzwerken besonders der damit einhergehende Ressourcen- und Imagegewinn herausgestellt. Inhaltlich wurde darauf verwiesen, dass neben dem strategischen und finanziellen Nutzen auch aus fachlicher Sicht die Mitbestimmung über die Darstellung der Stadtgeschichte in der Öffentlichkeit für die Archive ein gewichtiger Aspekt ist, um beispielsweise auch historische Sachverhalte mit komplexeren Inhalten in angemessener Form darstellen zu können. In Analogie zur Vielschichtigkeit der Kooperationspartner bestand Einigkeit im Diskussionsforum darüber, dass die Archive sich in einer modernen, differenzierten und plural verfassten Gesellschaft bewegen, in der sie möglichst allen potentiellen Zielgruppen gerecht werden sollten. Neben den klassischen Archivnutzungsgruppen und der eigenen Verwaltung ist eine Öffnung zu allen Seiten in die breite Öffentlichkeit als Dienstleister für die kommunale Gesellschaft anzustreben: dazu zählt neben der Einbindung der Lokalpolitik auch

gezielt die Ansprache junger Leute, die Berücksichtigung sozialer Netzwerke und die Mitnahme unterer Bildungsschichten. Abgehoben wurde auf eine politiknahe und demokratische Stellung der Archive, die zwar keiner politischen Richtung verpflichtet sind, deren Aufgabe es aber ist, im Sinne einer steten Aufklärung über gesellschaftliche Entwicklungen in objektiver Form Informationen zu präsentieren und damit antidemokratischen Bewegungen entgegenzutreten. Als eines der dabei anzustrebenden Ziele ist eine diskutierende Stadtgesellschaft benannt worden, die sich bewusst auch mit schwierigen historischen Themen wie der NS-Zeit auseinandersetzt und in diesem Prozess auch bildungsfernere Bevölkerungsschichten nicht außer Acht lässt; und das unter der Prämisse, dass eine Gesellschaft oftmals kontrovers ausgerichtet ist, die Archive aber als Diskussionsgrundlage über die originären und auswertungsoffenen Geschichtsquellen verfügen. Überdies spielen auch die Informationskanäle, derer sich die Archive für die Kommunikation mit den Benutzern bedienen, eine wesentliche Rolle. So wurde darauf verwiesen, dass nur noch jeder sechste Bürger regelmäßig eine Tageszeitung liest. Hier ist zukünftig auch bei der Frage nach dem Informationsverhalten von Bürgern und mit Blick auf die jüngeren Generationen eine verstärkte Hinwendung zu sozialen Medien wie beispielsweise Blogs erforderlich, die konkret ein regionales oder ein (themen-)spezifisches Umfeld bedienen.

In den Fokus der Diskussion geriet auch die Auseinandersetzung mit dem Quellenmaterial der Archive im nichtamtlichen Bereich. Bemängelt wurde, dass sich in der Regel in Archiven nur Materialien zu artikulations- und organisationsfähigen Überlieferungsbildnern befinden und dass Fotos überwiegend von positiv empfundenen Begebenheiten überliefert sind, aber die Dokumentation von Lebenswelten, die sich abseits vertrauter Normen bewegen oder als hässlich empfunden werden, in den Hintergrund tritt bzw. nicht vorhanden ist. Insofern ist für solche bislang vernachlässigten Bereiche eine verstärkte fotografische Überlieferung sowie die vermehrte Archivierung lebensgeschichtlicher Interviews mit Mitgliedern nichtschriftlicher bzw. schwach schriftlich ausgeprägter (Bevölkerungs-)Gruppen gefordert worden. Auf der anderen Seite wurde ein stärkerer Oral-History-Ansatz auch im Umgang mit Lokalpolitikern zur Sprache gebracht, um Entscheidungsprozesse jenseits von Rats- und Ausschussprotokollen – die zwar in der Regel Ergebnisse festhalten, aber nicht die vorherigen Diskussionen dokumentieren – nachvollziehen zu können.

Unabhängig von solchen Überlieferungsüberlegungen kristallisierte sich in der Diskussion heraus, dass es vielen Archiven wichtig ist, dass überhaupt eine Beschäftigung mit Stadtgeschichte stattfindet. Denn die schafft für die Benutzer Bindungen nicht nur zum Thema, sondern auch zum Kommunalarchiv, was wiederum für dessen Akzeptanz in Politik und Bürgerschaft vorteilhaft ist. Zudem kann die Auseinandersetzung mit stadthistorischen Themen identitätsstiftend sein. Und auch wenn es in der Diskussion nicht gelang, den Begriff der Identität eindeutig in seiner

komplexen Bedeutung in Bezug auf archivische Handlungsfelder zu definieren, bestand doch Einigkeit in der Auffassung, dass Archive Einrichtungen sind, deren Aufgabe nicht unmaßgeblich darin besteht, an Identitätsstiftung im Sinne von Gruppenzugehörigkeiten zu arbeiten. Die Bezugspunkte dieser Gruppen sind dabei nachrangig, das kann die Gesamtstadt sein, aber genauso gut kleinräumige lokale Bereiche oder ein sachthematischer Schwerpunkt. Verwiesen wurde auf die Chance, dass gerade ein lokaler Bezug sich dafür eignet, um in einem überschaubaren und vertrauten Raum geschichtliche Entwicklungen (Migration, Frauengeschichte etc.) nachvollziehbar darstellen zu können.

Der Moderator schloss das Diskussionsforum mit dem Verweis auf die Relevanz der aktuellen Empfehlungen der Bundeskonferenz der Kommunalarchive,² hier insbesondere die Handreichung zur Historischen Bildungsarbeit aus dem Jahre 2012, und dem Ratschlag, diese Empfehlungen

auch den vorgesetzten Stellen nicht zuletzt zur eigenen Profilschärfung regelmäßig zu präsentieren.

Insgesamt bot die Veranstaltung durch die angeregte Diskussion einen informativen Erfahrungsaustausch, der neben den traditionellen Gesichtspunkten auch neue Impulse und zukunftsorientierte Hinweise für das archivische Aufgabenfeld der historischen Bildungsarbeit bot. ■



Hans-Jürgen Höötman
LWL-Archivamt für Westfalen
Hans-juergen.hoeetmann@lwl.org

² Vgl. <http://www.bundeskonferenz-kommunalarchive.de/empfehlungen.html> [Stand: 20.07.2017].

Geschichtsvereine, Fördervereine, Freundeskreise – Fluch oder Segen, Pflicht oder Kür für Archive?

Zusammenfassung von Stefan Schröder

Rund 50 Interessierte hatten sich zur Diskussion dieses komplexen Themas eingefunden, das von Rico Quaschny (Stadtarchiv Iserlohn) überblicksartig vorgestellt und moderiert wurde. Er verwies auf eine lange Tradition gewachsener Verbindungen zwischen geschichtsaffinen Vereinen – ob Geschichts- oder Heimatvereine – mit regionalem, zunehmend aber auch lokalem Zuschnitt in Westfalen-Lippe. Eine relativ neue Entwicklung sind hingegen Gründungen von Fördervereinen für Archive seit Mitte der 1990er-Jahre. Als ältestes Beispiel führte er den 1996 gegründeten „Förderverein Stadtarchiv Zella-Mehlis“ mit nur 40 Mitgliedern an¹ und verwies dann auf Mannheim, wo das 1989 gegründete Mannheimer Architektur- und Bauarchiv und der 1997 gegründete Verein der Freunde des Stadtarchivs Mannheim (2013: 469 Mitglieder, Ein- und Ausgaben jeweils 75.000 €) inzwischen an der Mannheimer Archiv- und Digitalisierungs-GmbH als unternehmerische Tochter beteiligt sind. Zwar ist das bundesweit ein Einzelfall, zeigt aber die Bandbreite für Archivfördervereine. Es gibt einige weitere, bundesweit insgesamt aber nicht sehr viele Fördervereine und als Sonderfall Köln, wo neben dem Förderverein „Freunde des Historischen Archivs“ nach dem Archiveinsturz 2009 noch die Stiftung Stadtgedächtnis (2010) gegründet wurde.

Archive brauchen, so der Moderator, Verbündete und Unterstützer für Fundraising wegen knapper werdender finanzieller und personeller Spielräume sowie für Lobbyarbeit bei Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit, um dem

Defizit in der öffentlichen Wahrnehmung gegenüber anderen Kulturinstitutionen wirksamer entgegenzutreten zu können. Potentielle Verbündete könnten Politiker, Benutzer und andere geschichtlich Interessierte, Leihgeber, Medien allgemein bzw. Lokalpresse im Besonderen, im weitesten Sinne sogar die Bevölkerung insgesamt sein. Auf institutioneller Seite seien Geschichts-, Heimat- und Museumsvereine, Serviceclubs wie Lions und Rotary und allgemein die Wirtschaft zu nennen. Nicht zuletzt kann auch der Archivträger selbst zu den Unterstützern gerechnet werden. Verbündete, Unterstützer und Sponsoren könnten aber nur gewonnen werden, wenn die sog. „Kernaufgaben“ qualitativ gut erledigt sowie Öffentlichkeitsarbeit und Historische Bildungsarbeit betrieben werden und die Rolle als Informationsdienstleister ausgefüllt wird. So sei ein gutes Ansehen beim Archivträger und eine gute Vernetzung in der Gesellschaft zu erreichen. Nicht zuletzt müsse das Archiv aber Begeisterung wecken, was eine Aufgabe nicht nur der Archivleitungen, sondern des gesamten Teams ist.²

¹ Als Kommentar auf den Kurzbericht im Archivamtblog, der direkt nach der Veranstaltung publiziert wurde, verwies Thomas Wolf auf den offenbar schon 1995 gegründeten Förderverein des Gemeindearchivs Jüchen, siehe <http://archivamt.hypotheses.org/4880#comments> [Stand: 20.07.2017].

² Vgl. Christhard Schrenk, Lobbyarbeit und Fundraising? Der ganzheitliche Ansatz des Stadtarchivs Heilbronn, in: Kulturelles Kapital und ökonomisches Potential – Zukunftskonzepte für Archive, 82. Deutscher Archivtag in Köln (Tagungsdokumentationen zum Deutschen Archivtag 17), Fulda 2013, S. 97–106.

Anschließend wurde detaillierter über eine (Förder-) Vereinsgründung, die juristischen Rahmenbedingungen, Nachteile nicht eingetragener Vereine und auch die Vereinsgröße berichtet: Denn viele Mitglieder verursachen viel Arbeit. Kleine Vereine können unter Umständen ihre Ziele flexibler umsetzen, etwa bei der Spendeneinwerbung. Dagegen kann ein mitgliederstarker Förderverein ein Reservoir für ehrenamtliche Tätigkeiten im Archiv sein. Die Verbindung zwischen Archiv und Verein kann darin bestehen, dass der Archivar geborenes Mitglied mit einer Funktion im Verein ist oder an Sitzungen teilnimmt. Oft wird auch die Vereinsgeschäftsstelle im Archiv angesiedelt und werden Mitgliederversammlungen des Vereins im Archiv durchgeführt. Der oder die Archivar(e) können als persönliches oder das Archiv als korporatives Mitglied dem Verein angehören. Dadurch ist der Kontakt regelmäßig und eng. Kooperationsmöglichkeiten bieten sich dann in vielfältiger Weise, indem Veranstaltungen, Publikationen und/oder Projekte gemeinsam organisiert werden. Nicht zuletzt ist die finanzielle Unterstützung des Archivs beim Ankauf von Archivalien, Sammlungs- und Bibliotheksgut, technischer Ausstattung, Restaurierung oder Digitalisierung ein weites Kooperationsfeld. Für das Archiv ergibt sich so ein deutlicher Imagegewinn. Neuerdings ist insbesondere die Einbindung von ehrenamtlichen Archivmitarbeitern unter dem Aspekt des bürgerschaftlichen Engagements in Politik und Öffentlichkeit hoch geschätzt. Doch auch die Probleme wurden nicht verschwiegen, etwa, wenn es zu Störungen im Verhältnis von Verein und Archiv kommt, der Verein eine einseitige politische Ausrichtung erhält oder die räumliche Trennung von Archiv und Verein Probleme verursacht. Es ist daher immens wichtig, vorab gemeinsame Ziele zu verabreden, damit nicht der fachliche Anspruch des Archivs in Gegensatz zu möglichen Eigeninteressen des Vereins gerät. Es ist schließlich nichts gewonnen, wenn das Archiv eher als Unterstützer des Vereins fungiert als umgekehrt. Weiterhin wurde der Aufbau konkurrierender Archiv- und Sammlungsstrukturen, wie es einige Kommunalarchive von Heimatvereinen kennen, als problematisch erkannt. Im schlimmsten Fall droht das Abschieben von Archivaufgaben durch den Archivträger an den Verein. Ebenfalls kritisch kann öffentliche Kritik des Vereins am Archivträger werden, weil das Archiv dann unweigerlich in einen Interessenkonflikt gerät. Abschließende Fragen vor der regen Diskussion waren: Sind Partner hilfreich und notwendig, um die archivischen Ziele mit den jetzigen und zukünftig verfügbaren Mitteln zu erreichen? Welcher Partner kann archivische Schwächen ausgleichen oder Stärken weiterentwickeln? Was ist das Archiv bereit, dafür im Gegenzug zu bieten?

Zunächst berichtete Marcel Oeben (Stadtarchiv Lemgo) von einer 2014 gescheiterten Fördervereinsgründung, die daher als Kompromiss in eine Förderinitiative eines begrenzten Personenkreises mündete und das Stadtarchiv sowohl finanziell – allerdings ohne Absetzbarkeit der Spenden – als auch personell bei Veranstaltungen unterstützt

hat. Auch in Iserlohn besteht kein Förderverein, hier wurde für zweckgebundene Spenden an das Archiv eine eigene Haushaltsstelle im städtischen Haushalt eingerichtet, die über das Haushaltsjahr hinaus übertragbar ist, ebenfalls ohne steuerliche Absetzbarkeit.

Intensiv diskutiert wurde über die Einsatzmöglichkeiten ehrenamtlicher Mitarbeiter im Archiv. Rico Quaschny riet dazu, erst archivische Ziele für das ehrenamtliche Engagement zu definieren. In Iserlohn kommen Ehrenamtler bei der Erschließung von Fotos, Zeitungsausschnitten und Personenstandsregistern zum Einsatz, sie erstellen provisorische Excel-Abgabelisten im Zwischenarchiv, entmetallisieren und betten Akten um. Auch andere Archive setzen ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gern für die Fotoverzeichnung ein, was teils auf deren bessere Ortskenntnis, teils auf die gute Umsetzbarkeit zurückzuführen ist, etwa wenn die Verzeichnung einer Pressefotosammlung durch die in den zugehörigen Zeitungsveröffentlichungen greifbaren Informationen auch von Laien umgesetzt werden kann. Allerdings wird der Aufwand für die Kontrolle solcher Verzeichnungsarbeit teilweise als zu hoch eingeschätzt, so dass eine gewisse Fehlerquote hingenommen wird.

Auch zur Rolle des Archivars in Förder- und historischen Vereinen sowie deren institutionelle Einbindung gab es zahlreiche Wortmeldungen. Im staatlichen Archivwesen ist diese traditionelle Verzahnung in den vergangenen Jahren gelockert und festeren Regeln unterworfen worden. Trotzdem seien Dienstzeit und Ehrenamt teils schwer trennbar. So wurde eine zeitliche Einschränkung für Vereinsarbeit am Arbeitsplatz erlassen, man setzt dabei aber auf Vertrauen in die Mitarbeiter und nicht auf Kontrolle. Im Einzelfall eines Stadtarchivleiters konnten Vereinstätigkeiten in die Arbeitsplatzbeschreibung einfließen.

Allerdings haben alle Vereine mit einem Mitgliederschwund zu kämpfen, der im Fall des Altertumsvereins Westfalen durch die Einführung einer Familienmitgliedschaft und neue Angebote für Kinder deutlich abgefedert werden konnte, was den Aufwand für die beteiligten Archive nicht geringer werden ließ. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere die Vereinsgeschäftsführung durch ein Archiv wegen des hohen Aufwands sowohl kritisch, wegen der Vernetzung und darüber möglich gewordenen Einwerbung von Nachlässen aber auch positiv betrachtet. Zudem könne durch Schriftentausch einer Vereinszeitschrift die Archivbibliothek inhaltlich profitieren, ohne die Finanzmittel dafür stellen zu müssen.

Das Verhältnis zu den Heimatvereinen erbrachte stark unterschiedliche Beispiele: So hat der Heimatverein Werl-Aspe für die Erstellung einer Ortsteilgeschichte über 6000 Fotos gesammelt, die im Stadtarchiv Bad Salzuflen zugänglich gemacht wurden. Manchmal kämpften die Heimatvereine auch für die hauptamtliche Besetzung des kommunalen Archivs. In anderen Orten bauen Heimatvereine eigene Archive in Konkurrenz zum Kommunalarchiv auf. Schwierig ist manchmal das Verhältnis des Archivs zu mehreren

Heimatvereinen im Sprengel, insbesondere, wenn diese als Nachwirkung der kommunalen Gebietsreform kein freundschaftliches Verhältnis untereinander pflegen.

Die Beitragshöhe wurde ebenfalls angeschnitten. Persönliche Mitglieder müssen bei unterschiedlicher Leistung der Vereine zwischen 10 und 45 €/Jahr zahlen. Förderlich waren angepasste Beiträge für Ehepartner oder Familien, institutionelle Mitgliedschaft war teilweise ebenfalls schon für 50 € zu erwerben. Allerdings sind hier in der Regel Mindestbeiträge genannt und Rico Quaschny berichtete, dass die Vorgabe, mindestens 12 € im Jahr zu bezahlen und die Beitragshöhe offenzulassen, häufig zu einer deutlich höheren Selbstzahlungsverpflichtung geführt habe.

Abschließend konnten nur wenige Kolleginnen und Kollegen die Frage bejahen, bereits einen Förderverein zu ha-

ben. Das Diskussionsforum hat zudem deutlich gemacht, dass die archivische Kooperation mit Vereinen von jeweils spezifischen Kontexten abhängt, die weder bei Geschichts-, Heimat- noch Fördervereinen eindeutig als „Fluch oder Segen, Pflicht oder Kür“ bezeichnet werden können. Obwohl zum Ende der Veranstaltung noch deutlich mehr Diskussionsbedarf bestand, dürften viele Archive wichtige Impulse und bedenkenswerte Beispiele mit auf den Weg genommen haben. ■



Dr. Stefan Schröder
LWL-Archivamt für Westfalen
stefan.schroeder@lwl.org